tus fecit quasdam constitutiones in concilio^a Lugdunensi et ad correctionem et ad reformationem^b status ecclesie. Talis est processus decretalium modernorum. Sed^c qualis erit^d in processu^e temporis, dicetur, Deo dante^f, loco^g congruo^h.

a) 'consilio' Cod. b) 'formationem' Cod. c) '.f.' = 'sc.' Cod.
d) 'sit' Cod. e) 'progressu' scr. ? f) hic incipit f. 105. g) om. Cod.
h) 'circa idem' add. Cod., quae verba insequentis opusculi rubricam censeo.

Freiburg i. Br.

Hermann Kantorowicz.

[Ein Kirchenverfassungsentwurf Friedrich Wilhelms IV. von 1847.]¹⁾ Bei der Durchsicht des archivalischen Materials²⁾ für eine Geschichte der evangelischen Dom- und Kollegiatstifter Preußens³⁾ fand sich im Kgl. Hausarchiv unter der Überschrift „Übersichtliche Darstellung der Kirchenverfassung, wenn die apostolische Schöpfung der Kirchen wieder eingeführt würde“⁴⁾ ein bisher unbekannter Kirchenverfassungsentwurf Friedrich Wilhelms IV. Der Entwurf⁵⁾ ist 1847 verfaßt und 1848 in einigen Punkten nachträglich verbessert worden.⁶⁾ Zu seinem Verständnis sei folgendes bemerkt:

Die Beschäftigung Friedrich Wilhelms IV. mit Kirchenverfassungsfragen geht auf die altpreußische Union von 1817 zurück.⁷⁾ In den zwanziger Jahren gab dann der Agendenstreit seinen Gedanken ein bestimmtes Ziel: Er faßte den Plan, die von seinem Vater eingeleitete Union der Lehre durch eine unierte Verfassung zu krönen.⁸⁾ Das Muster einer

¹⁾ Die folgende Untersuchung ist aus dem Kirchenrechtlichen Institut der Universität Berlin hervorgegangen und wurde dort am 8. Juli 1922 vorgetragen. Dem Leiter des Instituts, Herrn Geheimen Justizrat Professor D. Dr. Stutz, bin ich für die Anregung zu der Arbeit und für ihre Förderung zu wärmstem Danke verpflichtet.

²⁾ Für die hier behandelten Fragen sind geprüft worden die Archivalien des Geheimen Staatsarchivs in Berlin (G.St.A.), des Kgl. Hausarchivs in Charlottenburg (H.A.), des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin (Kult.-Min.) und des Ev. Ober-Kirchenrats in Charlottenburg (E.O.). Die genannten Behörden und ihre Beamten haben den Verfasser dabei in liebenswürdigster Weise unterstützt.

³⁾ Ich hoffe diese 1923 in meinen Kirchenrechtlichen Abhandlungen veröffentlichen zu können, nachdem ihr Verfasser das Wichtigste davon schon am 27. Januar sowie am 5. und 12. Mai dieses Jahres in meinem Kirchenrechtlichen Institut vorgetragen hat.

Ulrich Stutz.

⁴⁾ H.A. König Friedrich Wilhelm IV: Rep. L Staatsverwaltung, Kultus, Akten betr. Kirchenverfassung der ev. Kirche in Preußen.

⁵⁾ Er trägt kein Datum, doch ergibt sich die Zeit seiner Abfassung daraus, daß die vom König befohlene Reinschrift seines Konzepts am 9. Januar 1848 fertiggestellt ist.

⁶⁾ Dies zeigt ein Vergleich mit einer Abschrift (Kult.Min., Zentralbureau XIV 66), die dem unkorrigierten Entwurf entnommen ist.

⁷⁾ Leopold v. Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, Leipzig 1873, S. 49.

⁸⁾ Wie das schon 1821 in Baden geschehen war. Ulrich Stutz, Kirchenrecht 2. Auflage bei v. Holtzendorff-Kohler, Enzyklopädie der Rechtswissenschaft 7. Auflage, Berlin 1914 V S. 389.

solchen fand er nach jahrelangem Suchen in der Organisation der Urkirche. Altreformierte Ideen¹⁾ von der Schriftmäßigkeit und Apostolizität der Kirchenverfassung verschmolzen dabei in eigentümlicher Weise mit dem politischen Prinzip der Legitimität. „Gehorsame Annahme der apostolischen Legitimitäten“²⁾ war für Friedrich Wilhelm die Losung jeder Kirchenreform.³⁾

Unter „apostolischen Kirchen“ verstand er „Kirchen geringen übersichtlichen Umfangs“⁴⁾ etwa von der Größe eines Superintendentensprengels, gegliedert nach den drei Ordnungen der Seelenhirten (Ältesten, Presbyter), Diener (Diakonen) und christlichen Hausväter (Gemeinde). Mittelpunkt der Einheit einer solchen Kirche war der Bischof, d. h. ein namens der Gesamtkirche durch andere Bischöfe zum Vorsteher und Aufseher der Einzelkirche geweihter Ältester. Jede der drei Ordnungen hatte ihre selbständigen Aufgaben; die wichtigsten Fragen des kirchlichen Lebens aber wurden gemeinsam auf der Kirch-Synode entschieden. Mochten dem Bischof bei dieser Organisation auch einzelne besondere Vorrechte zuerkannt sein, so ist doch von einem monarchischen Episkopat keine Rede. Mit Recht hat sich daher der König stets verwahrt, seine „Kirchen“ als „Bistümer“ bezeichnet zu sehen⁵⁾, und es ist durchaus verfehlt, etwa die englische Bischofsverfassung als Vorbild⁶⁾ oder das mit des Königs Beistand errichtete evangelische Bistum Jerusalem als eine Verwirklichung der Verfassungsideale Friedrich Wilhelms⁷⁾ zu betrachten.

Fragen wir nun, wie die vom König gewünschte Organisation das Bild der preußischen Landeskirche verändern mußte, so ist klar, daß die in „Kirchen“ verwandelten Superintendentensprengel das Kernstück der

¹⁾ Karl Rieker, Grundsätze reformierter Kirchenverfassung, Leipzig 1899, S. 95 ff.; Stutz, Kirchenrecht² S. 384.

²⁾ H.A. König Friedrich Wilhelm IV. Rep. I Staatsverwaltung, Kultus; Akten betr. Liturgie und Agende der ev. Kirche in Preußen: „Ein Versuch zur Aufstellung meines Ideals über den evang. Hauptgottesdienst“ Ende Januar 1850 (Entwurf von des Königs Hand).

³⁾ Die Entwicklung des Königs in dieser Richtung ist schon 1839 abgeschlossen; er ist sich seither in den Grundlagen seiner Anschauung „stereotyp“ geblieben (Ranke S. 355), hat sie aber später noch systematisch ausgebaut. S. namentlich den Schriftwechsel mit Bunsen (H.A. König Friedrich Wilhelm IV. Rep. I Korrespondenz Bunsen; teilweise bei Ranke abgedruckt), zwei Aufsätze des Königs von 1845 und 1846 (bei Ludwig v. Gerlach, Aufzeichnungen aus meinem Leben und Wirken II S. 444 ff.) und eine Rede des Königs vor Kultusminister und Ev. Ober-Kirchenrat am 1. März 1853 (E.O. Gen. III 2 vol. III).

⁴⁾ Kab.O. vom 13. Juni 1853 Verh. der 8. rhein. Prov.-Synode, Elberfeld 1853, S. 13 ff.

⁵⁾ Ranke S. 55; Ludwig v. Gerlach S. 468: „eine schnöde, jammer-schwangere Bezeichnung“. Unrichtig Heinrich v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert V 361; Adolf Hausrath, Richard Rothe und seine Freunde II, Berlin 1906, S. 63; Joh. B. Kißling, Der deutsche Protestantismus 1817–1917, Münster i. Westf. 1917, S. 245.

⁶⁾ Unrichtig Hausrath II S. 65; Joh. Viktor Bredt, Neues evang. Kirchenrecht für Preußen I, Berlin 1921, S. 342, 345.

⁷⁾ Unrichtig Hermann v. Petersdorff, König Friedrich Wilhelm der Vierte, Stuttgart 1900, S. 53; Kißling S. 225; Bredt I S. 342.

Verfassung werden und das Schicksal einerseits der Gemeinden, anderseits der Landeskirche und Kirchenprovinzen bestimmen mußten. Denn „das erste und letzte, die absolute Hauptsache, worauf es in der Kirche und in jeder Fraktion derselben ankommt, sind die Kirchen“¹⁾ Ihnen gegenüber sanken die Gemeinden zur bloßen Unterabteilung der „Kirche“²⁾ herab, dagegen mußten sich Landes- und Provinzialkirche aus Kirchen im Sinn des bisherigen Sprachgebrauchs in „Kirchen-Gemeinschaften“³⁾ verwandeln. Für ihre Organisation gab es kein normatives Vorbild; ihr Aufbau mußte sich vielmehr nach den wechselnden Bedürfnissen der Zeit und des Ortes richten oder, wie der König es auszudrücken beliebte: ihnen konnte keine apostolische und daher unveränderliche „Gestaltung“⁴⁾, sondern nur eine veränderliche „Verfassung“⁴⁾ zuteil werden. Über deren Form hatte der König bekanntlich zunächst hochromantische Pläne⁵⁾; im Lauf der Zeit führte er sie aber mehr und mehr auf den Boden der Nüchternheit zurück. Schließlich blieb er bei einer durch Synoden (General- und Provinzialsynoden) ergänzten Konsistorialverfassung (Oberkonsistorium, Konsistorien) stehen⁶⁾, wobei freilich die Synoden nicht nach heutiger Art, sondern nach altreformiertem Vorbild als Regierungskollegien, als „Behörden“ gebildet waren und in dieser Eigenschaft zu den Behörden der laufenden Verwaltung als zeitweise Erweiterung hinzutraten.

Entsprechend der Verlegung des Schwerpunkts der Organisation in die „Kirchen“ mußten nun auch die Zuständigkeiten der kirchlichen Organe neu verteilt werden. Friedrich Wilhelm IV. hat denn auch mehrfach ausgesprochen, „die Kirchengewalt in die rechten Hände“ zurückgeben zu wollen.⁷⁾ Mit den „rechten Händen“ meinte er nach seinen eigenen Worten⁸⁾ die „apostolisch gestalteten Kirchen“.⁹⁾ Aber zweifelhaft blieb, was er unter „Kirchengewalt“ verstanden hatte. Gemeinhin ist dieser vom König gebrauchte Ausdruck als gleichbedeutend mit dem herkömmlichen Begriff „landesherrliches Kirchenregiment“ aufgefaßt worden¹⁰⁾; man konnte sich darauf berufen, daß Friedrich Wilhelm selbst

¹⁾ Brief an Bunsen vom 2. März 1846. H.A.König Friedrich Wilhelm IV. Rep. L Korrespondenz Bunsen.

²⁾ Ludwig v. Gerlach II S. 470.

³⁾ Ludwig v. Gerlach II S. 491.

⁴⁾ Der Gegensatz von „Gestaltung“ und „Verfassung“ wird vom König im Lauf der Jahre immer schärfer herausgearbeitet. Siehe bes. Ranke S. 356ff.

⁵⁾ Der vielgenannte „Sommernachtstraum“: Primas und Metropolitan-bischöfe mit Domkapiteln statt Kultusminister und Konsistorien! Ranke S. 61.

⁶⁾ Ludwig v. Gerlach II S. 503ff.

⁷⁾ Zuerst gegenüber dem Berliner Magistrat am 2. Oktober 1845. Ludwig v. Gerlach II S. 441.

⁸⁾ Kab.O. vom 13. Juni 1853 s. S. 445 Anm. 4.

⁹⁾ Nicht „Bischöfe“! Unrichtig Otto Mejer, Minister Eichhorn, Preuß. Jahrbücher XL 1877, S. 332; ferner Bredt I S. 345.

¹⁰⁾ (Eilers) Zur Beurteilung des Ministeriums Eichhorn, Berlin 1849, S. 51; Th. Woltersdorf, Das preußische Staatsgrundgesetz und die Kirche, Berlin 1873, S. 69; F. Heinrich Geffken, Staat und Kirche, Berlin 1875, S. 489; Wangemann, Die lutherische Kirche der Gegenwart in ihrem Verhältnis zur Una Sancta 5. Buch, Berlin 1883, S. 286; Richter-Dove-Kahl,

die Worte „Kirchengewalt“ und „Kirchenregiment“ miteinander vertauscht¹⁾, ja gelegentlich²⁾ die Absicht kundgegeben hatte, „seine ererbte Stellung in der Landeskirche“ aufzugeben. — Es hätte freilich so gleich befremden müssen, daß der Monarch trotz solch vorbehaltlosen Verzichts keineswegs glaubte, künftig auf die bloße Übung der Kirchenhoheit beschränkt zu sein, sondern sich nach wie vor ein reiches Maß von Regierungsrechten in der Kirche zuschrieb. Man stand vor einem offenen „Widerspruch mit sich selbst“³⁾, zu dem Friedrich Wilhelm nur auf Grund „irrtümlicher Voraussetzungen“⁴⁾ oder „unklarer Auffassungen“⁵⁾ über das Wesen des landesherrlichen Kirchenregiments gelangt sein konnte. Ein Rätsel blieb freilich, wie der König eine derartige logische Inkonsistenz durch sein ganzes Leben zu schleppen vermochte und zu einem Eckstein seines Gedankenbaues machte.

Günstiger für den König ist ein anderer Erklärungsversuch, der auf Richters Monographie über Friedrich Wilhelm IV.⁶⁾ zurückgeht und seither den Beifall namhafter Autoren⁷⁾ gefunden hat. Der König, heißt es dort, habe seine „bischöfliche Gewalt“, sein „bischöfliches Recht“ der Kirche zurückgeben wollen und zwar deshalb, weil er das bischöfliche Regiment als ein eigentlich geistliches und dieses seiner Natur nach zugleich persönliches angesehen habe. Leider hat aber Friedrich Wilhelm nie von einem Verzicht auf sein „bischöfliches“ Recht gesprochen, sondern seine diesbezügliche kirchliche Stellung als „oberbischöfliches Verhältnis“⁸⁾, oberbischöfliches Recht“⁹⁾ gekennzeichnet. Wie wenig ferner das von Richter für die Haltung des Königs angeführte Motiv zutrifft, beweist die Tatsache, daß das wichtigste¹⁰⁾ der oberbischöflichen Rechte, die Kirchengewalt, in der apostolisch gestalteten Kirche gar nicht vom Bischof, sondern auf der Kirchensynode von der Gesamtheit aller drei Ordnungen geübt werden sollte.

Lehrbuch des kath. u. ev. Kirchenrechts 8. Auflage, Leipzig 1886 S. 506 Anm.; Heinrich v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reichs I, München u. Leipzig 1889, S. 103; Karl Rieker, Die rechtliche Stellung der evangelischen Kirche Deutschlands, Leipzig 1893, S. 392 Anm. 1; Otto Hintze, Die Epochen des evangelischen Kirchenregiments in Preußen, Historische Zeitschrift XCVIII 1906, S. 108 ff.; Horst Stephan in Gustav Krügers Handbuch der Kirchengeschichte IV, Tübingen 1909, S. 229; Bredt I S. 341 f., 345.

¹⁾ Ludwig v. Gerlach II S. 466: „Kirchendisziplin und Kirchenregiment“; S. 480: „Kirchengewalt und Kirchengewalt“ (beide Male ein Hendiadyon für denselben Begriff!).

²⁾ Kab.O. vom 13. Juni 1853 s. S. 445 Anm. 4.

³⁾ Otto Mejer, Preuß. Jahrbücher XL 1877, S. 190; der Sache nach auch Hintze S. 111.

⁴⁾ Richter-Dove-Kahl S. 506 Anm.

⁵⁾ Emil Friedberg, Lehrbuch des kath. u. ev. Kirchenrechts, 6. Auflage, Leipzig 1909, S. 228 Anm. 3.

⁶⁾ Ludwig Richter, König Friedrich Wilhelm IV. und die Verfassung der evangelischen Kirche. Berlin 1861, S. 21 ff., bes. S. 24.

⁷⁾ Johannes Niedner, Grundzüge der Verwaltungsorganisation der altpreussischen Landeskirche, Berlin 1902, S. 57 Anm. 152; Stutz, Kirchenrecht² S. 387.

⁸⁾ Ranke S. 65.

⁹⁾ Ludwig v. Gerlach II S. 451.

¹⁰⁾ Ludwig v. Gerlach II S. 495.

So bleibt nur ein dritter Erklärungsversuch übrig, und zwar der nächstliegende. Was Kirchengewalt ist, ergibt sich aus dem Begriff Kirche. Unter Kirche aber verstand Friedrich Wilhelm nicht dasselbe wie seine Zeitgenossen. Er redete eine andere Sprache als sie: Mit Worten, deren Sinn gang und gäbe war, verband er neue Begriffe. So auch hier. Als Kirche (in ihrer äußeren Erscheinungsform) betrachtete er neben der *Una Sancta*, der großen irdischen „Heilsanstalt“¹⁾ Christi nur deren organischen Teil, die apostolisch gestaltete „Kirche“. „Kirchen“-Gewalt war sohin der Inbegriff derjenigen Rechte, deren eine „Kirche“ bedurfte, um ihren Zweck, „das Heil der Seelen“²⁾, zu erfüllen. Hierher rechnete insbesondere das Recht der Kirchenzucht³⁾, nicht aber z. B. das Recht selbständiger Vermögensverwaltung. — Andere Organismen als die „Kirchen“, z. B. der Staat oder „Kirchen“-Gemeinschaften wie Landes- und Provinzialkirche, hatten an „Kirchen“-Gewalt keinen Teil.⁴⁾ Zwar konnte ihnen von den „Kirchen“ die Ausübung derartiger Funktionen freiwillig übertragen werden, aber es berührte weder die ihnen gezogene Rechtssphäre im allgemeinen noch ihr Verhältnis zum Landesherrn im besonderen, wenn ein Monarch die Kirchengewalt den „Kirchen“ zurückgab. So paradox es klingen mag, ist es doch richtig: Selbst wenn der König seine „ererbte Stellung in der Landeskirche“⁵⁾ aufgegeben hätte, hätte er im wesentlichen das landesherrliche Kirchenregiment (nach unsern Begriffen) weiter behalten und in der Hauptsache⁶⁾ durch Konsistorialbehörden und Synoden ausgeübt, wobei jenen die laufende Verwaltung, diesen mehr die Stellung von Gutachtern und von Anregern der Verwaltungstätigkeit zugekommen wäre.

Bedenkt man dies, so stellt sich die Umwälzung der preußischen Kirchenverfassung von den Superintendentensprengeln aufwärts keineswegs als so abenteuerlich dar, wie sie zunächst scheinen könnte. Der König durfte hoffen, hier um so weniger auf Schwierigkeiten zu stoßen, als nach seiner Ansicht das Recht, die „Verfassung“ der Landes-Kirchen-Gemein-

1) Ludwig v. Gerlach II S. 454, 466.

2) H.A. König Friedrich Wilhelm IV. Rep. I Staatsverwaltung, Kultus, Akten betr. Liturgie und Agenda der evangelischen Kirche in Preußen: „Ein Versuch zur Aufstellung meines Ideals über den evangelischen Hauptgottesdienst“ Januar 1850 (Reinschrift von des Königs Hand) Anm. 1.

3) Ludwig v. Gerlach II S. 495.

4) Ludwig v. Gerlach II S. 492.

5) Der Nachdruck des Tons liegt in dieser Redewendung auf dem Wort „ererbte“. Gemeint ist diejenige Stellung des Königs, die ihm in der Landeskirche nur als Erbstück besonderer Verhältnisse überkommen, aber begrifflich nicht aus seiner obrigkeitlichen Stellung als solcher abzuleiten war. Dieses Erbstück war die Kirchengewalt. Nach Auffassung Friedrich Wilhelms war sie in der Reformationszeit provisorisch von den Landesherrn übernommen worden, weil es damals keine „Kirchen“ gab, und mußte sich in den Trägern der Krone so lange vererben, bis „Kirchen“ entstanden.

6) Als Vorbild schwebte hier dem König die (unveränderte) rheinisch-westfälische Kirchenordnung vom 5. März 1835 vor (Ludwig v. Gerlach II S. 503f.). Hiernach scheint es mir nicht ganz richtig, mit Richter, Friedrich Wilhelm IV. S. 95 die Konsistorien als „vollstreckende“, die Synoden als „beratende und beschließende“ Organe zu bezeichnen.

schaft zu bestimmen, auch künftig dem Träger der Krone allein zukam¹⁾ und eine Verständigung mit den Synoden zwar wünschenswert, aber nicht unentbehrlich war. — Wesentlich schwieriger war die Annahme der apostolischen „Gestaltung“ der „Kirchen“. Sie konnte nicht befohlen werden, sondern verlangte ein freiwilliges Bekenntnis der Synoden²⁾ in „feierlichen Schlüssen“.³⁾ Trotzdem hielt der König auch dieses Stück seiner Pläne keineswegs für ein Ideal, das der unmittelbaren Verwirklichung trotz⁴⁾ oder für einen bloßen Sommernachtstraum, wie man seit Rankes⁵⁾ und Treitschkes⁵⁾ Darstellung immer wieder⁶⁾ behaupten hört. Ganz im Gegenteil!

Hatte er doch als Kronprinz sogar beabsichtigt⁷⁾, seinerseits einer Generalsynode den förmlichen Entwurf einer derartigen Verfassung vorzulegen! Nicht ohne Mühe brachten ihn damals seine Freunde von diesem Gedanken ab⁸⁾; namentlich Leopold von Gerlach⁹⁾ hob hervor, ein König sei nicht berufen, sich der Kirche als Reformator aufzudrängen und habe nicht das Recht, die Kirche freier zu machen, als sie selbst und das Wohl der Nation vertragen könne. Indem der König sich solchen Gründen beugte, sah er sich im wesentlichen darauf beschränkt, zu warten, bis aus der Kirche selbst der Ruf nach apostolischer Freiheit an ihn gelange. Nur eines blieb ihm vorerst in dieser Richtung zu tun übrig, nämlich Synoden einzuberufen, um aus ihrem Munde die Wünsche der Kirche entgegenzunehmen. Schon im Dezember 1841¹⁰⁾ trug er deshalb dem Kultusminister Eichhorn auf, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Allein Eichhorn war ein Gegner kirchlicher Verfassungsänderungen. Er nahm den Befehl des Königs nur mit jener „Besonnenheit“ auf, „welche jede Übereilung zu vermeiden bedacht ist“¹¹⁾ und war auf diesem Wege im Mai 1843 erst im Stadium „reiflichster Überlegung“¹²⁾ angelangt, die

¹⁾ Ludwig v. Gerlach II S. 491f. ²⁾ Ranke S. 65ff.

³⁾ Ludwig v. Gerlach II S. 479.

⁴⁾ Paul Schoen, Das evangelische Kirchenrecht in Preußen I, Berlin 1903, S. 82.

⁵⁾ Ranke S. 76; Treitschke V S. 361. „Sommernachtstraum“ nannte der König scherzend nur seinen romantischen Plan einer „Verfassung“ der Landes-Kirchengemeinschaft, aber nie und nimmer den einer apostolischen „Gestaltung“ der Kirchen.

⁶⁾ Z. B. neuestens Walther Nithack-Stahn, Die preußische Landeskirche unter Friedrich Wilhelm IV., Preußische Jahrbücher CXXVIII 1907, S. 191ff., dessen hierher gehörige Ausführungen überhaupt von Mißverständnissen wimmeln.

⁷⁾ Ranke S. 67.

⁸⁾ Zu den Denkschriften, die damals dem König überreicht wurden, gehörte u. a. diejenige des Freiherrn Carl Ernst Wilhelm v. Canitz zu Dallwitz (dessen Denkschriften, Berlin 1888, S. 319ff.). Sie enthält Grundzüge einer Kirchenverfassung, und zwar als Gegenentwurf gegen das Programm Friedrich Wilhelms. Trotzdem erklärt Kißling S. 225 sie für eine kurze und übersichtliche Darstellung der Gedanken des Königs!

⁹⁾ G.St.A. Rep. 92 Nachlaß Thile C 7.

¹⁰⁾ Kab.O. vom 14. Dezember 1841 G.St.A. Rep. 89 H. IX Gen. 24 vol. I.

¹¹⁾ Immediatbericht Eichhorns vom 3. März 1842; ebenda.

¹²⁾ Immediatbericht Eichhorns vom 17. Mai 1843; ebenda.

ihn zwang, den König vor einem „zu raschen Einschreiten“ zu warnen. Erst dem wiederholten Befehl des Monarchen¹⁾ gelang es, den passiven Widerstand Eichhorns zu überwinden. Gleichwohl hat die Geschichtsschreibung nicht dem König, sondern seinem Minister, „dem erfahrenen Geschäftsmann“, die Initiative an der Einberufung der Synoden zugesprochen²⁾, ja dem König die Begabung zum Handeln gelegentlich überhaupt aberkannt.³⁾

Den in den Jahren 1843 bis 1846 tagenden Synoden wurden entsprechend dem oben beschriebenen Standpunkt des Königs keine Verfassungsentwürfe vorgelegt. Die Synoden haben trotzdem eifrig über Verfassungsfragen verhandelt, freilich nicht nach den Wünschen des Königs. Sein Ruf an die Generalsynode, sich „in apostolischer Kraft zu erheben und zu gestalten“⁴⁾, verhallte wirkungslos. Ja die Synode schlug Wege ein, die der König nur als Irrwege betrachten konnte. Dabei soll nach herkömmlicher Ansicht⁵⁾ besonders der Kampf der Synode über die Ordinationsformel der Geistlichen eine verhängnisvolle Rolle für die Verfassungsfrage gespielt haben. „Die neue Ordinationsform“, sagt z. B. Treitschke, „erschien dem König unchristlich und darum betrachtete er auch den Verfassungsentwurf mit Argwohn.“ So einleuchtend das klingt, ist es doch falsch. Allerdings hatte der König schon im Frühjahr 1846 Bedenken geäußert⁶⁾, die Verpflichtung der Geistlichen auf die symbolischen Bücher zum Gegenstand von Synodalverhandlungen werden zu lassen. Er hatte sich aber schließlich damit abgefunden und nun sogar seinerseits Vorschläge⁷⁾ gemacht, um etwaige Klippen der Verhandlungen zu umsegeln. Man solle, riet er, die „Verpflichtung auf den wörtlichen Inhalt der symbolischen Bücher“ fallen lassen, und statt dessen sollten „dem Ordinanden unmittelbar vor der Handauflegung die Fundamentallehren christlicher Kirche, in gedrängtestem Ausdruck in einzelnen Fragestücken mit dem Versprechen vorgelegt werden, darnach zu lehren und zu predigen“. Überraschende Worte! Sie zeigen, daß die Beschlüsse der Synode über die Ordinationsformel, das vielberufene „Nitzschenum“

¹⁾ Kab.O. vom 30. Mai 1843 und mündlicher Befehl vom 3. Juli 1843, erwähnt in einem Immediatbericht Eichhorns vom 10. Juli 1843; ebenda. Nicht richtig ist es demnach, mit Treitschke V S. 362 und Hintze S. 109 die allgemeine Neubelebung der Kreissynoden ins Jahr 1841 zu verlegen. Namentlich darf hierzu nicht Otto Meyers Hinweis auf die Berliner Kreissynode von 1841 veranlassen (Preußische Jahrbücher XL S. 318ff.); denn diese Kreissynode entsprang nicht einer generellen Anordnung und hatte außerdem mit Verfassungsfragen sich nicht zu befassen.

²⁾ Die in vor. Anm. genannten Schriftsteller; ferner Otto Mejer in Allgemeine deutsche Biographie V, Leipzig 1877, S. 740; Woltersdorf S. 30; Schoen I S. 82.

³⁾ Geffken S. 492; v. Petersdorff S. 51.

⁴⁾ L. Ämilius Richter, Die Verhandlungen der preussischen Generalsynode, Leipzig 1847, S. 49.

⁵⁾ Treitschke V S. 367f.; Schoen I S. 84.

⁶⁾ Schreiben des Kabinettsministers v. Thile an Eichhorn vom 25. April 1846. GSt.A. Rep. 89 H. IX Gen. 23 vol. I.

⁷⁾ Kab.O. vom 24. Mai 1846 ebenda.

auf dasselbe hinauskamen, was der König wollte. Nun versteht man auch, warum der König gar nicht so abgeneigt war, diese Formel — etwa mit gewissen Vorbehalten zugunsten ausdrücklicher Nennung der altchristlichen Symbole — zu bestätigen, und daß er erst nachträglich mit Mühe davon abgebracht wurde.¹⁾ Unter solchen Umständen ist es durchaus unwahrscheinlich, daß „Argwohn“ gegen die Ordinationsformeln den König zu seiner Abneigung gegen den Verfassungsentwurf der Synode bestimmt hat. Die Haltung des Monarchen hatte hier in Wirklichkeit andere Gründe.

Von jeher hatte er der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung²⁾ heftigen Widerwillen entgegengebracht. Sie erschien ihm in ihren Grundlagen³⁾ als Nachäffung des politischen Repräsentationsgedankens, als Abfall von „altreformierten Grundanschauungen“.⁴⁾ Vor kurzem erst hatte er sie öffentlich als „arge Mißgeburt“ brandmarken wollen.⁵⁾ Und nun mußte er es erleben, daß dieses „in sich kranke und unwahre“⁶⁾ Gebilde geradezu als „Vorbild“⁷⁾ für den Verfassungsentwurf der Synode gefeiert wurde! Voll Bitterkeit erklärte er Eichhorn, die Verfassungsfrage hätte nicht in der Art, wie es geschehen, Gegenstand der Verhandlungen werden dürfen.⁸⁾ Zu einer förmlichen Verwerfung des Entwurfs kam es nur deshalb nicht, weil Eichhorn ihn überhaupt nicht zur Bestätigung vorlegte.

Trotz der schweren Enttäuschung durch die Synoden verfolgte der König sein Programm weiter und ließ — auch hier mit Eichhorns Widerstand kämpfend — einstweilen wenigstens gewisse Teilstücke der von ihm geplanten Landeskirchenverfassung vorweg ausführen. In diesem Sinne ist die Umgestaltung der Konsistorien⁹⁾ und die Errichtung eines Oberkonsistoriums¹⁰⁾ zu würdigen¹¹⁾, ferner der Plan, die evangelischen Dom-

¹⁾ Leop. v. Gerlach I S. 112, 777; Ludw. v. Gerlach I S. 452f., 455, 458. Unverständlich ist, wie v. Petersdorff S. 53 aus den Mitteilungen Leop. v. Gerlach schließen kann, der König habe einmal daran gedacht, das Apostolikum aufzugeben.

²⁾ Auf sie weist mit Recht Hintze S. 111 hin, wenn er auch die Stellung des Königs zur Kirchenordnung nicht scharf genug formuliert.

³⁾ Anstoß nahm Friedrich Wilhelm an den Vorschriften der Kirchenordnung über Bildung und Zuständigkeit der Gemeindeorgane, ferner an dem Aufbau der Provinzialkirche von unten nach oben.

⁴⁾ Rede des Königs vom 1. März 1853, E.O.Gen. III 2 vol. III.

⁵⁾ Kab.O. vom 13. April 1843, Kult.Min. Gen.-Patronats- u. Kirchen-sachen 52 vol. IX.

⁶⁾ Kab.O. vom 30. Januar 1852, E.O.Gen. III 2 vol. III.

⁷⁾ Gutachten Stahls in den Verh. d. ev. Generalsynode zu Berlin vom 2. Juni bis 29. August 1846, Berlin 1846, II. Teil S. 116.

⁸⁾ Kab.O. vom 18. Dezember 1846, G.St.A. Rep. 89 H. IX Gen. 24 vol. I.

⁹⁾ Kab.O. vom 27. Juni 1845, G.S.S. 440.

¹⁰⁾ Kab.O. vom 28. Januar 1848, G.S.S. 27, s. auch G.St.A. Rep. 89 C X 54.

¹¹⁾ Beide Maßnahmen hatte der König schon 1840 angeregt (Leop. v. Gerlach I S. 82; Mejer, Preussische Jahrbücher XL [1877] S. 194) und die Umgestaltung der Konsistorien mit Kab.O. vom 11. Mai 1842 ausdrücklich befohlen (Kult.Min. Gen. Oberbehördensachen 2 vol. I; Leop. v. Gerlach I S. 85), dagegen auf Eichhorns Rat die Errichtung des Oberkonsistoriums

und Kollegiatstifter der Landeskirche zur Ausstattung ihrer Behörden zurückzugeben.¹⁾

Der kirchlichen Öffentlichkeit genügten freilich solche Maßnahmen nicht. Mit wachsender Ungeduld wartete sie darauf, in einer Synodalverfassung zu Wort zu kommen. Vergeblich ordnete der König mit Rücksicht auf diese Volksstimmung endlich im Anfang März 1848²⁾ an, die alten Geistlichkeitssynoden in den östlichen Diözesen wieder zu beleben und regelmäßig zusammentreten zu lassen. Der Befehl kam nicht zur Ausführung. Die Revolution brach aus; Trennung von Staat und Kirche hieß die Parole, und das landesherrliche Kirchenregiment schien seine Rolle überhaupt ausgespielt zu haben.³⁾

Wie verhielt sich der König zu dieser Krisis seiner kirchlichen Stellung? Anscheinend völlig inkonsequent! Er sanktionierte die Aufhebung des Oberkonsistoriums⁴⁾ und ließ es geschehen, daß der Kultusminister Graf Schwerin den Entwurf einer demokratischen Wahlordnung für eine konstituierende Landessynode veröffentlichte.⁵⁾ Sein oberbischöfliches Amt schien der König aufgegeben zu haben⁶⁾, und erst allmählich schien er in die alten Bahnen zurückgekehrt zu sein. Bei genauerem Zusehen verschiebt sich jedoch das Bild nicht unwesentlich.

„Freiheit der Kirche“ hatte Friedrich Wilhelm schon 1843 geschrieben⁷⁾, „kann nicht ohne ‚Kirchen‘ im apostolischen Sinn bestehen.“ Es würde der Kirche sonst — um ein späteres Wort des Monarchen zu gebrauchen⁸⁾ — an „Gehe-Kraft“ mangeln. Die Initiative zur Lockerung des Verhältnisses von Staat und Kirche durfte daher nach Ansicht des Königs nicht vom Staat, sondern mußte von der Kirche ausgehen, und jener hatte zu warten, bis diese sich zur Selbständigkeit kräftig fühlte. Staatlicherseits die Kirche vom Staat zu trennen, war also nicht ein Geschenk an die Kirche, sondern ein Attentat auf sie. Nachdem aber einmal

zunächst aufgeschoben, um sie sodann 1846 von neuem anzuregen (Ludw. v. Gerlach II S. 505) und mit Ordre vom 15. Januar 1847 (Aktenstücke aus der Verwaltung des Evangelischen Oberkirchenraths I, Berlin 1852, Heft 4 S. 99) der Verwirklichung näher zu führen. Ein „Eichhornscher Gedanke“ ist die Errichtung des Oberkonsistoriums also nicht. Unrichtig Hirsch, Johann Albrecht Friedrich Eichhorn, Berlin 1856, S. 35.

¹⁾ Vgl. Johannes Niedner, Die Ausgaben des preußischen Staats für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen. Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausg. von Ulrich Stutz, Heft 13/14, Stuttgart 1904, S. 185 ff.

²⁾ Kab.O. vom 3. März 1848, G.St.A. Rep. 89 H. IX Gen. 24 vol. II.

³⁾ Th. Woltersdorf S. 54 ff., bes. S. 70, 126; Karl Rieker, Die Krisis des landesherrlichen Kirchenregiments in Preußen 1848—1850 und ihre kirchenrechtliche Bedeutung, Deutsche Zeitschrift f. Kirchenrecht X 1901 S. 1 ff.

⁴⁾ Erklärung des Staatsministeriums vom 15. April 1848 (G.S. S. 114).

⁵⁾ Allg. Preußische Zeitung vom 26. April 1848. Dazu Ludwig Richter, Vortrag über die Berufung einer evangelischen Landessynode, Berlin 1848.

⁶⁾ Wangemann, 5. Buch S. 309.

⁷⁾ Kab.O. vom 24. Dezember 1843. H.A. König Friedrich Wilhelm IV. Rep. L Staatsverwaltung, Kultus, Akten betr. Kirchenverfassung der Ev. Kirche in Preußen.

⁸⁾ Kab.O. vom 3. August, 1852 E.O. Gen. III 2 vol. III.

die Katastrophe von 1848 hereingebrochen war, galt es, möglichst den status quo des landesherrlichen Kirchenregiments aufrechtzuerhalten und überhaupt für die Kirche zu retten, was zu retten war. Der Kampf, den der König deshalb mit dem Staatsministerium führte, brachte ihm freilich zunächst nur geringe Erfolge. Vergebens teilte er dem Kultusminister seine Ansichten über Kirchenverfassung mit¹⁾, Graf Schwerin veröffentlichte den obengenannten Entwurf einer Wahlordnung auf eigene Verantwortung. Und unter ähnlichen Umständen vollzog sich die Auflösung des Oberkonsistoriums. Trotz lebhafter Weigerung, diese Maßnahme anzuordnen oder auch nur gutzuheißen, sah sich Friedrich Wilhelm schließlich gezwungen, dem einhelligen Wunsche des Staatsministeriums so weit nachzugeben, daß er ihm — wenn auch warnend — eine mündliche Blankovollmacht erteilte.²⁾ Er mochte hoffen, dadurch wenigstens seinen grundsätzlich abweichenden Standpunkt erkennbar gewahrt, den Ministern die volle Verantwortlichkeit zugeschoben und sich selbst „effaziert“³⁾ zu haben. Allein die Schwäche rächte sich sogleich. Die Minister schmolzen in öffentlicher Erklärung die Blankovollmacht in eine förmliche königliche Sanktion um, und der peinlich überraschte Monarch mußte schweigen.⁴⁾ Glücklicher war seine Haltung, als es galt, in der preußischen Verfassungsurkunde die Rechte der Religionsgesellschaften zu formulieren. Zwar erreichte er nicht, daß seine rechtliche Stellung in der Landeskirche gewährleistet wurde, aber er setzte durch, daß die evangelische Kirche namentlich genannt und so gegenüber andern Religionsgesellschaften verfassungsmäßig besonders anerkannt wurde. Ja, kaum hatte sich die politische Lage etwas entspannt, so begann er die Zügel des Kirchenregiments, die ihm entglitten waren, wieder zu ergreifen: Im August 1848 ordnete er die Wiederherstellung einer vom konstitutionellen Minister unabhängigen kirchlichen Zentralbehörde an⁵⁾ — ein Befehl, der im Januar 1849 zur Entstehung der evangelischen Abteilung des Kultusministeriums⁶⁾, im Juni 1850 zur Bildung des Evangelischen Ober-Kirchenrats⁷⁾ führte. —

¹⁾ Aktennotiz in H.A. König Friedrich Wilhelm IV. Rep. L Staatsverwaltung, Kultus, Akten betr. Kirchenverfassung der Ev. Kirche in Preußen.

²⁾ Der Hergang ist mittelbar zu erschließen aus einer Kab.O. vom 25. August 1848 und deren erstem Entwurf, G.St.A. Rep. 89 H. IX Gen. 23 vol. I.

³⁾ Vgl. zu dieser Politik Leop. v. Gerlach I S. 153 und bes. Erich Brandenburg, König Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Ludolf Camphausen, Berlin 1906, S. 88.

⁴⁾ Über seine Verhandlungen mit dem Ministerium Camphausen s. Leop. v. Gerlach I S. 160; Erich Brandenburg S. 94; Johannes Seitz, Entstehung der preußischen Verfassungsurkunde im Jahr 1848, Greifswalder Diss. 1909 S. 50, 52; Gerhard Anschütz, Die Verfassungsurkunde für den preußischen Staat vom 31. Januar 1850, Berlin 1912, S. 39, 597. Über seine Verhandlungen mit dem Ministerium Brandenburg s. Denkwürdigkeiten des Ministers Otto Freiherrn v. Manteuffel, herausg. von Heinrich v. Poschinger I, Berlin 1901, S. 46 u. 49; dazu Seitz S. 138, 140, 145f.; Anschütz S. 52.

⁵⁾ Kab.O. vom 25. August 1848, G.St.A. Rep. 89 H. IX Gen. 23 vol. I. Der König ergriff also nicht erst nach Oktroyierung der Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 die Initiative, wie Schoen I S. 77 angibt.

⁶⁾ Verordnung vom 26. Januar 1849, G.S. S. 125.

⁷⁾ Verordnung vom 29. Juni 1850, G.S. S. 343.

Die politischen Aufregungen der eben besprochenen Jahre hatten naturgemäß den König von der Arbeit an seinen Lieblingsplänen abgezogen, aber noch war die Verfassung von 1850 nicht verkündet, so finden wir ihn schon wieder daran, für seine apostolisch gestalteten Kirchen eine Gottesdienstordnung¹⁾ zu entwerfen, um „in trüber, entscheidungsschwangerer banger Zeit“ abseits von den eigentlichen Amtsgeschäften „eine edle Erquickung zu gewinnen, dem Müden gleich, dem der Labetrunk aus fremder schöner Hand kräftigender, anregender ist als das Glas Wasser aus der Hand des täglichen Dieners.“ Bald fand er dann Anlaß, sich auch öffentlich von neuem zu seinem Ideal zu bekennen, zunächst bei den Verhandlungen über die Grundzüge einer Gemeindeordnung für die evangelischen Gemeinden der östlichen Provinzen²⁾ und über das Ressort des Evangelischen Ober-Kirchenrats³⁾, dann aber vor allem, als die rheinische und die westfälische Provinzialsynode für ihre 1851 vollzogene Revision der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung die königliche Sanktion erbaten. Seine bereits besprochene Stellung zu der Kirchenordnung verbot ihm zwar jede „Gemeinschaft mit der Arbeit“⁴⁾ ihrer Revision, doch wünschte er ebensowenig, daß der einmütige Wunsch der Synoden an dem Widerstand seiner Person scheitern sollte. So entstand die vielbesprochene Kabinettsordre vom 13. Juni 1853⁵⁾, in welcher der Monarch zwar seine förmliche Sanktion ablehnte und ein lautes Bekenntnis zur apostolischen Kirchenverfassung aussprach, aber gleichwohl den Kultusminister und den Ev. Ober-Kirchenrat ermächtigte, die Synodalschlüsse mit einigen Vorbehalten in Kraft zu setzen. Im Grunde genommen derselbe Ausweg, den der König vor Jahren bei der Auflösung des Oberkonsistoriums betreten hatte, nur daß er diesmal nicht gegenüber politischen, sondern kirchlichen Wünschen eingeschlagen wurde! —

Ein „Samenkorn“⁶⁾ für die Zukunft sollte in der Kabinettsordre durch das königliche Bekenntnis niedergelegt werden. Aber der König erlebte sein Sprießen nicht mehr. Selbst die großen Erfolge helfender und dienender Liebe in der inneren Mission (Wichern!) vermochten seine Zeitgenossen nicht zur Annahme wenigstens des apostolischen Dieneramts, des Diakonats, zu bestimmen: Eine kirchliche Konferenz, die der König 1856 einberief⁷⁾, um diese und andere Fragen für eine Generalsynode vor-

¹⁾ H.A. König Friedrich Wilhelm IV. Rep. L Staatsverwaltung, Kultus, Akten betr. Liturgie und Agende der Ev. Kirche Preußens: „Ein Versuch zur Aufstellung meines Ideals über den evangelischen Hauptgottesdienst“, Ende Januar 1850 (Entwurf von des Königs Hand).

²⁾ Kab.O. vom 16. Juni 1850, E.O. Gen. II 2 vol. I.

³⁾ Kab.O. vom 30. Dezember 1850 bei Niedner, Die Ausgaben S. 211 ff.

⁴⁾ Kab.O. vom 30. Januar und 3. August 1852, E.O. Gen. III 2 vol. III. Dazu Leop. v. Gerlach I S. 729, 759.

⁵⁾ Verh. d. 8. rhein. Prov.-Synode, Elberfeld 1853, S. 13.

⁶⁾ Rede des Königs vom 1. März 1853, E.O. Gen. III 2 vol. III.

⁷⁾ Die Initiative bei diesen Vorgängen lag durchaus in der Hand des Königs, nicht des Ev. Ober-Kirchenrats, wies nach Schoen I S. 86 und namentlich Bredt I S. 348 scheinen könnte. Mit Kab.O. vom 30. Oktober 1854 (E.O. Gen. VIII 9 vol. II) verkündete der König aus Anlaß liturgischer Fragen die Absicht, eine Generalsynode zu berufen. „Mit Ordre vom 5. März 1855

zuberaten, erklärt sich nicht für berufen, das Diakonat als besonderen Ordo anzuerkennen.¹⁾ Endlich schlug auch der Plan fehl, mit englischer Hilfe einige Superintendenten zu Bischöfen zu kreieren, um in ihnen der künftigen Entwicklung einen Rückhalt zu geben.²⁾

Man weiß nicht, was man mehr bedauern oder bewundern soll, die starre Konsequenz, mit der Friedrich Wilhelm IV. seine Verfassungsidee festhielt, oder den Mut, mit dem er trotz aller Enttäuschungen an ihre Erfüllung glaubte. Wenig Zeugnisse aus seiner Hand machen in dieser Hinsicht einen so ergreifenden Eindruck wie ein Brief vom 30. September 1857 an Bunsen³⁾, in dem der König, schon fehlerhaft im Stil und unsicher in den Schriftzügen, dem Freunde seinen eingangs erwähnten Verfassungsentwurf mitteilte und sich so — zum letztenmal! — zu seiner apostolisch gestalteten „Kirche“ bekannte. Möge es dem nun folgenden Abdruck des Entwurfs auch aus diesem rein menschlichen Interesse nicht an Beachtung fehlen!

Übersichtliche Darstellung der Kirchenverfassung, wenn die apostolische Schöpfung der „Kirchen“ wieder eingeführt würde.

I. Die Kirchen.

Die Kirchen (*eine Einsetzung der Apostel*)⁴⁾ zerfallen in Pfarren (*eine Einsetzung der Päpste*)⁴⁾, die einzige kirchliche Abteilung, die der Deutsch-Evangelischen Kirche aus dem Schiffbruch der äußeren Kirche übrig geblieben ist, und diese können (wo es etwa die Umstände gebieten) in Succursalen und Capellen zerfallen; der Regel nach jedoch nicht. Die Gesamtheit der Kirchen im Lande bilden die Landes-Kirche. Jede Kirche besteht aus 3 Ordnungen, welche zusammen die Kirchen-Gewalt üben. Die jetzigen Superintendenturen werden in Kirchen

(E.O. III Gen. 1 vol. I) ordnete an deren Zusammentritt für Mai oder Juni 1855 an; erster Punkt der Tagesordnung sollte sein: „Repristination des apostolischen Diakonats.“ Der Ev. Ober-Kirchenrat, der sich von Synodalverhandlungen nicht den vom König gewünschten Erfolg versprach, wußte den Monarchen zunächst zum Aufschub der Generalsynode und zur Einberufung einer kirchlichen Konferenz zu bewegen; doch gab der König den Gedanken an eine Generalsynode erst auf, als sich auch die Konferenz gegen eine Synode aussprach. S. auch Aktenstücke aus der Verwaltung des Ev. Oberkirchenraths III, Berlin 1856, S. 1 (mit unrichtigem Datum der Kab.O. vom 5. März 1855), 7; R. W. Dove, Über Synoden in der ev. Landeskirche Preußens, Zeitschrift f. Kirchenrecht II, 1862, S. 182.

¹⁾ Aktenstücke IV S. 201. Dazu Joh. Hinrich Wicherns Gesammelte Schriften II, Hamburg 1901, S. 461.

²⁾ Hermann Wagener, Die Politik Friedrich Wilhelms IV., Berlin S. 109 ff.

³⁾ H.A. König Friedrich Wilhelm IV. Rep. L Korrespondenz Bunsen. Der Brief ist die Replik des Königs auf einen vorhergegangenen Vortrag Bunsens am 29. September 1857 (s. Christian Carl Josias Freiherr v. Bunsen, geschildert von seiner Witwe, deutsch v. Friedrich Nippold III, Leipzig 1871, S. 496 ff.). Über Bunsens Ansichten, die sich mit denen des Königs vielfach berührten, s. dessen „Kirche der Zukunft“, Hamburg 1845.

⁴⁾ Dreifach unterstrichen!

verwandelt. Größer dürfen sie nach dem apostolischen Begriff und Zweck nicht seyn.

Die drey Ordnungen

I. Die Ältesten-Ordnung oder Presbyter. Das durch die Ordination geweihte Ministerium der Kirche (Seelsorger-Ordnung) vom HErrn eingesetzt am Abend seines Auferstehungstages (Joh. 20). Sie zerfällt in folgende Abtheilungen.

1. Der Bischof (ersetzt den bish. königl. Superintendenten). Derselbe ist Vorsteher der Ältesten-Ordnung (Primus inter pares — Pastor primarius), Aufseher über die ganze Kirche, ihr Vertreter den weltlichen Behörden gegenüber. Geborenes Mitglied der Provinzialsynoden. Selbst Ältester (berufen von der Obrigkeit oder der besonderen Kirche) erhält er den Auftrag zum Hirtenamt von der Gesamtkirche Christi mittelst Einsegnung (Consecratio) durch die Hände von (wenigstens) 3 Bischöfen, die selbst nach allgem. gültigem kirchlichen Herkommen consecrirt sind. Er ordinirt allein; hat das absolute Veto bey Anstellungen der Geistlichen.

2. Die ordentlichen Pfarrer. Sie müssen auf Universitäten gebildet und bey den königl. Consistorien examinirt sein, im Diaconat der Kirche geprüft und vom Bischof zum Ältesten ordinirt seyn.

Sie regiren die Kirche mit dem Bischof — bilden mit ihm das Consistorium ihrer Kirche, assistiren dem Bischof bei den Ordinationen zum Ältesten-Amt. Bleiben im Übrigen ungeändert wie jetzt.

3. Die Prediger d. h. die übrige gegenwärtig existirende Geistlichkeit: Früh-, Mittags-, Nachmittags-Prediger (auch unhistorisch und unlogisch und unapostolisch Archidiaconen, Diaconen und Subdiaconen genannt) — ferner Hülfsprediger (ausnahmsweise vielleicht auch Succursalpfarrrer und Capellane). Sie kommen unter denselben Bedingungen in's Amt wie die Pfarrer. Sie machen keinen Theil des Consistorii der Kirche aus; der Bischof kann aber aus ihnen nach seinem Ermessen zum Consistorio berufen. Sie sind Mitglieder des Presbyterii.

4. Die Hülf- oder Gemeinde-Ältesten. Aus gottesfürchtigen und einsichtsvollen Gliedern der Gemeinde genommen, fürs Diaconat geprüft, vom Bischof der Gemeinde zur Bestätigung vorgestellt und dann ordinirt und dem Ministerio beigezählt. — Sind Mitglieder des Presbyterii, können, wie die Presbyter der reformirten Kirche in weltl. Ämtern und Lebensverhältnissen verbleiben. — Unbesoldet — ohne eigentliche Anstellung. — Üben die Seelsorge unter Direczion des Bischofs und der Pfarrer.

Sämmtliche Ältesten aller 4 Abtheilungen bilden das Presbyterium im engeren Sinne. Dasselbe kommt alle $\frac{1}{4}$ Jahr regelmäßig und sonst wenn es der Bischof mit dem Consistorio für nöthig erachtet, zusammen. Es wählt den Ersatzmann für den Bischof auf der Provinzialsynode aus den Ältesten.

II. Die Diener-Ordnung oder das Diaconat. — Das durch eine eigene Ordination geweihte Pfleger-Amt der Liebes-Gaben der Gemeinde.

Von den Aposteln eingesetzt (Ap. Gesch. 6). — Armen- und Krankenpfleger. — Helfer der Ältesten bei deren Amtshandlungen, vorzüglich am Heiligen Tisch. — Können predigen, taufen, das h. Abendmahl darreichen. Sie ministriren aber nicht, sondern dienen nur bey demselben. — Sie zerfällt in folgende Abtheilungen:

1. Verwaltende Diaconen (Bestehen bereits in der reformirten Kirche). Ihnen wird (da, wo es zulässig ist), die ganze Armen-Verwaltung übertragen, und sind der eigentliche Kern des Diaconats und legen Rechnung von ihrer Verwaltung vor der Gemeinde auf der Synode ab.

2. Helfende (assistirende) Diaconen. Sie bestehen aus den jungen Leuten, die ihre Candidatur p. minist. im Diaconat vollenden müssen. Begleiten Bischof und Pfarrer bey den seelsorgerischen Besuchen, an die Kranken- und Sterbebetten, gehen ihnen bei der Verwaltung der Sacramente und anderen heiligen Handlungen zur Hand, bes. bei den Wochen-, Sonn- u. Festtags-Gottesdiensten, wo sie einen Theil der Lectionen besorgen — werden vom Bischof und Pfarrer ausgesandt, Elend und Leiden aufzusuchen, wo möglich Linderung zu bringen u. den Seelsorgern (namentlich den Gemeinde-Ältesten) die Stellen ihrer Wirksamkeit nachzuweisen.

3. Pflegende Diaconen. Die, so sich besonderen Zweigen der Barmherzigkeitspflege widmen — theils einzeln in den Häusern, theils in Congregationen (Convicten) bey Krankenhäusern, Armen-, Arbeits- und Strafanstalten (bey den großen öffentlichen Spitalern und Gefängnissen). [Besorgen dieselben Liebeswerke wie

4. Die Diaconissen oder geweihten Pflegerinnen.]

Sämtliche Diaconen sind Assessoren (Beysitzer) des Presbyterii. Legen Rechnung ab auf der Synode ihrer Kirche. Das gesamte Diaconat wählt Einen aus seiner Mitte auf die Provinzial-Synode.

III. Die Gemeinde-Ordnung. Diese Ordnung besteht aus keiner Vertretung oder Represäsentation der Gemeinde, sondern aus allen „Befähigten“ derselben. Befähigt aber sind alle Familienhäupter (wie in der reformirten Gemeinde-Verfassung), die 1. unabhängige Männer, 2. nicht wegen Verbrechen bestraft, oder 3. nur von der Instanz freigesprochen, 4. die eines guten Rufes genießen, 5.¹⁾ die nicht wegen uncanonischer Gründe geschieden, 6. die sich von jeher, oder doch seit geraumer Zeit (7 Jahr?) zur Kirche und zum Tisch des Herrn halten. Die Gemeinde-Ordnung hat das Recht, aber nicht die Pflicht, aus sich einen Ausschuß gottesfürchtiger und verständiger Männer zu wählen, denen sie die Übung der Sitten-Pflege, das Censor-Amt, überträgt, welches die Ältesten der reformirten Kirche berufsgemäß üben müssen. Das Censoramt geht also nicht aus dem Clerus, sondern aus der Gemeinde hervor. Die es üben sind die besten Candidaten zum verwaltenden Diaconate (und eventuell später zum Gemeinde-Ältesten-Amte). Die einzelnen Pfarrgemeinden bleiben in ihren jetzigen Befugnissen als Unterabtheilung der „Kirch“-Gemeinde. Auf den „Kirch“-synoden erscheint aber die Letztere

¹⁾ Ziffer 5 ist erst nach 1847 eingefügt.

als die Alleinberechtigten und entscheidet mit den beyden geweihten Ordnungen über solche Klagen wider¹⁾ Geistliche und das Perhorresciren von Pfarraspiranten und dergl. von Seiten der Pfarr-Gemeinde, welche nicht zum Ressort der königl. Consistorien gehören oder nicht zuvor vom Kirch-Consistorio oder von dem Presbyterio verglichen und beygelegt sind. Die Gemeinde-Ordnung kann dem Presbyterio Vorschläge zu Presbytern und Diaconen machen. Dann wählt das Presbyterium. In der Regel aber macht das Consistorium solche Vorschläge zuerst dem Presbyterio und dann auf der Synode. — Wo Umstände oder Localität zwingen, kann ausnahmsweise der Ausschuß der Censoren, die Gemeinde-Ordnung, Kraft des Auftrages derselben, vertreten.

Sämmtliche Mitglieder der Gemeinde-Ordnung haben Sitz und Stimme in der Kirch-Synode. Zur Provinzial-Synode erwählen sie Einen Abgeordneten aus ihrer Mitte. —

Die Synode der Kirche

besteht unter dem Vorsitz des Bischofs, aus den vollen drey Ordnungen der Ältesten, Diaconen und der Gemeinde. Sie kommt regelmäßig alle vierthel Jahre und zwar kurz nach der Sitzung des Presbyterii zusammen. Sie beginnt am Sonntag nach dem Gottesdienst und nachdem alle Mitglieder derselben das heilige Abendmahl empfangen haben. Sie wird in der Cathedralkirche abgehalten und wird, je nachdem sie ausfällt und nach Bestimmung des Bischofs mit dem „Te Deum“ oder dem „De profundis“ beschlossen. Die 3 Ordnungen verhandeln zusammen, stimmen aber in sich. Der Bischof hat eine Stimme. Ist durch seine Stimme Gleichheit da, so wird die Sache zur Entscheidung vor das königl. Prov. Consistorium oder die Provinzial-Synode gebracht. Steht er allein mit seiner Stimme, so kann er nach gepflogenen Rath in seinem Consistorio ebenfalls an die Provinzial-Synode appellieren. Die Synode wählt oder verwirft Diejenigen, welche der Bischof und das Consistorium mit Zustimmung des ganzen Presbyterii zu Ältesten und Diaconen vorschlagen. Auf der Synode berichtet der Bischof über sein Walten und seine Erfahrungen, sowie über Walten und Erfahrungen des Ältesten-Amtes und des Diaconats (der Geistlichkeit) seiner Kirche. Das Diaconat legt Rechnung von seiner Verwaltung ab. Die Censoren geben Rechenschaft von ihrem Wirken.

Die²⁾ sogenannten Kirchenstrafen (Kirchenbuße, öffentl. Ausschließung vom H. Abendmahl, Ausstoßung aus der Gemeinde) können auf der Synode ausgesprochen werden. Der Gemeinde-Ordnung steht das Veto dagegen zu.

II. Die Provinzial-Synode.

Sie besteht

1. aus dem Bischof jeder Kirche; in seiner Ermangelung aus seinem (vom Ministerio seiner Kirche gewählten) Vertreter. Das ist die Vertretung der gesammten Ordnung des Ministerii der Provinz.

¹⁾ Ursprünglicher Wortlaut: „wider das Perhorresciren von Pfarrern u. dergl.“

²⁾ Dieser Satz fehlt im ursprünglichen Entwurf.

2. aus einem Diaconen jeder Kirche. Das ist die Vertretung der gesamten Ordnung des Diaconats der Provinz,
3. aus einem Mitgliede der Gemeinde-Ordnung jeder Kirche. Vertretung der sämtlichen Gemeinden der Provinz,
(: So ist jede Ordnung jeder Kirche gleich und zahlreich vertreten.)
4. aus dem Provinzial-Consistorio und eventualiter
5. aus der theologischen Fakultät der Provinzial-Universität.

Den Vorsitz der Provinzial-Synode führt der Bischof der ältesten Kirche der Provinz. In seiner Ermangelung wählt die Synode einen andern der Bischöfe als ihren Präsidenten.

Königlicher Commissar und Anwalt der Kronrechte ist der Consistorial-Präsident und zu dem Ende mit discrezionärer Gewalt bekleidet. Es versteht sich, daß das Provinzial-Kirchliche das eigentliche Gebiet der Provinzial-Synode ist. Das Local-Kirchliche kann nur durch locale Zerwürfniß und Appellazion in ihren Rath und ihre Entscheidung kommen; Allgemein-Kirchliches nur durch den königl. Commissar.

Die Provinzial-Synode versammelt sich jährlich zum Pfingstfest oder auf Trinitatis im Dom der ältesten Kirche in der Provinz. Jede der 3 Ordnungen und (event.) die theologische Fakultät wählt einen Abgeordneten zur General-Synode. —

III. Die General-Synode besteht

1. aus dem Bischof der ältesten Kirche ¹⁾	} jeder Provinz
2. aus einem Deputirten des Ministerii ¹⁾	
3. aus einem Diacon	
4. aus einem Censor	
5. ²⁾ aus dem kgl. Oberconsistorio, verstärkt durch alle Präsidenten und durch je ein geistliches Mitglied der königl. Provinzial-Consistorien,	
6. aus einem theologischen Professor jeder Universität.	

Der König kann jederzeit den Vorsitz führen; gewöhnlich führt ihn der Minister der geistlichen Angelegenheiten. In seiner Ermangelung der Bischof der ältesten Kirche (Magdeburg). Die General-Synode versammelt sich so oft sie der König beruft, sonst aber von selbst alle 7 Jahr im Dom von Magdeburg oder Berlin auf das Pfingstfest. —

Berlin.

Johannes Heckel.

¹⁾ Ursprünglicher Wortlaut: „1. aus einem Bischof

2. aus einem Diacon usw.“

²⁾ Ursprünglicher Wortlaut: „aus dem kgl. Oberconsistorio“.